



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 30. September 1881.

Nr. 454.

Deutschland.

Berlin, 29. September. Die gestrige Nummer des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ enthält folgende Mittheilung:

„Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hat seit einiger Zeit die Herbstkur in Baden-Baden begonnen. Im Allerhöchsten Befinden sind zwar langsame Fortschritte bemerkbar, jedoch wird Ihre Majestät noch fortgesetzt größter Schonung bedürfen und nimmt Allerhöchstdieselbe daher an den täglichen Dinern, zu denen Se. Majestät der Kaiser einige Personen von Distinktion zu befehlen pflegt, nicht Theil. Aus demselben Grunde wird auch in diesem Jahre von der sonst üblichen Feier des Allerhöchsten Geburtstages durch eine Exkursion in das Land abgesehen werden müssen, und wird Ihre Majestät an diesem Tage, außer von den anwesenden kaiserlichen Verwandten, persönliche Gratulationen nicht entgegennehmen können.“

— Bischof Korum hat, wie die „Essener Zeitung“ aus guter Quelle erfährt, Gelegenheit genommen, verschiedenen Geistlichen und sonstigen angesehenen Katholiken gegenüber dringend zur Mäßigung in öffentlichen Publikationen zu rathen und namentlich gebeten, dahin zu wirken, daß in der Presse nicht wieder die Behauptung aufgestellt werde, der Staat sei nach Kanossa gegangen, denn das treffe in der That nicht zu.

Liberaler Blätter drucken mit Hinweis auf die seiner Zeit viel besprochenen Honneurs, welche die Posten am kaiserlichen Palais vor dem Bischof Korum machten, aus einem rheinisch-lexikalischen Blatte folgende Geschichte nach:

„Als der bischöfliche Zug von Koblenz nach Trier bei Wittlich anlangte, erblickte man in der Nähe des Bahngeländes ein Infanterie-Regiment, harrend auf den Extrazug, welcher die Mannschaften ihrem Garnisonorte zuführen sollte. Der Zug, in welchem Bischof Korum saß, brauste heran und zugleich erscholl vom Regimente-Becken das Kommando Gewehr an, und die Kompagnie stellte sich unweit des Bahngeländes in Front auf. Die Offiziere grüßten am Helm. Während die anwesende Regimentskapelle die Nationalhymne und das Preußenlied intonirte. Alles war überrascht, der Bischof Korum ersah am Fenster des Kupes und dankte freundlich für die ihm erwiesene Ehre.“

— Ueber die Rückkehr des Kaisers von Baden nach Berlin verlautet noch nichts Bestimmtes. Diefelbe dürfte jedoch erst in der zweiten Hälfte des Oktobers erfolgen, während die Kaiserin sich demnächst, wie alljährlich, von Baden wieder auf einige Wochen nach Koblenz begibt.

— Die Wiener „Presse“ erhält eine Mittheilung, welche im Hinblick auf das große Interesse Deutschlands an dem Verleir auf der künftigen Gotthard-Bahn Beachtung verdient. Dem genannten Blatte wird geschrieben:

„Ein neues, und wenn zur Verwirklichung gebracht, höchst beachtenswerthes Kanalunternehmen ist im Werden. Das bezügliche Projekt, welches der Ingenieur Gucetti in Mailand in Verbindung mit der Handelskammer daselbst ausgearbeitet hat, besteht in nichts Geringerem, als den Hafen von Venedig durch Dampfschiffahrt mit der St. Gotthardbahn zu verbinden. Der Po, der Kanal von Pavia, der Kanal Grande (Cavour-Kanal), der Tesinfluß und der Lago Maggiore werden zur Herstellung des Schifffahrtsweges in Betracht genommen. In Magadino soll der Anschluß an die Gotthardbahn erfolgen. Das nöthige Kapital ist von dreien der ersten Bankhäuser Turins zur Verfügung gestellt worden. Wie man uns sagt, besteht die Hauptschwierigkeit des Unternehmens vorläufig noch darin, Fahrzeuge zu erbauen, welche trotz geringer Dampf- und Tiefgangsverhältnisse eine lange Fahrt auszuhalten vermögen. Ein Modelldampfer soll indeß binnen Kurzem England verlassen und von einem Hafen Nordfrankreichs aus das große Kanalnetz des Innern dieses Landes durchfahren, um über Marseille an der Küste entlang auf dem Wege um die italienische Halbinsel nach Venedig zu gelangen und zugleich Proben seiner Leistungsfähigkeit abzulegen. Man berechnet, daß sich durch diesen Kanal die Frachtfähigkeit zwischen Magadino und Venedig unter die Hälfte derjenigen zwischen Magadino und Genua stellen würden.“

— Wir erwähnten bereits eines Artikels der „Prov.-Korrespondenz“ „zum kirchlichen Frieden“,

an dessen Schluß die Hoffnung ausgesprochen wird, Herr Korum werde nicht nur für Trier, sondern „für das weite Vaterland ein Bischof des Friedens werden“. Wir entnehmen dem Artikel noch Folgendes:

Man kann die Einführung des neuen Bischofs in Trier, des ersten Bischofs, der seit Beginn des kirchlichen Kampfes wieder in eine preussische Diözese seinen Einzug hielt, als einen erfreulichen Wendepunkt in den Beziehungen betrachten, welche zwischen dem preussischen Staat und der katholischen Kirche neuerdings obwalteten. Die Inthronisation des Bischofs stiftet weder einen Sieg noch eine Niederlage dar; sie erinnert nicht an den Kampf, sondern sie ist lediglich der Ausdruck des auf beiden Seiten herrschenden Bedürfnisses nach einem freundlichen friedlichen Zustande. Die preussische Regierung hat sich bei ihren neueren Schritten in katholisch-kirchlicher Beziehung allein von der Fürsorge für die katholischen Unterthanen leiten lassen. Schon vor Jahr und Tag hat sie den Wunsch zu erkennen gegeben, den aus den kirchlich-politischen Vorgängen der letzten Jahre hervorgegangenen Beschwerden der katholischen Bevölkerung abzuhelfen und eben deshalb hatte sie sich nach dem Scheitern der früheren Verhandlungen entschlossen, das hervorgetretene Bedürfnis, so weit es ohne Gefährdung der staatlichen Interessen geschehen konnte, durch einen Akt der Landesgesetzgebung zu befriedigen. Wenn sie ihren Zweck nicht in dem gewünschten Umfange erreichte, so hat doch schon die verfloßene Zeit bewiesen, daß die Gesetzgebung des vorigen Jahres vortheilhafte Bestimmungen enthält. Das Ziel, welches zunächst ins Auge zu fassen war, betraf die Regelung der Verhältnisse der katholischen Diözesen. Die Regierung konnte zunächst in zwei Diözesen — Donabrud und Paderborn — den von den Domkapiteln gewählten Bischofsverwesern die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen gestatten. Der von dem Domkapitel in Trier vorgewählte Wahl eines Bischofsverwesers mußte sie die staatliche Genehmigung vorenthalten und es war hiermit für die Diözese Trier bezüglich der Ausführung ihrer friedlichen Absichten eine gewisse Schwierigkeit entstanden, deren Beseitigung keineswegs leicht schien und auch so bald nicht erwartet wurde. Es darf nun als ein unzweideutiges Zeichen der auch auf Seiten der römischen Kurie herrschenden versöhnlichen Stimmung und Gesinnung angesehen werden, daß der Papst diese Schwierigkeit nicht zu weiteren Streitigkeiten ausnützte, sondern den friedlichen Bemühungen der Staatsregierung um die Einführung geregelter Verhältnisse in der Diözese Trier dadurch entgegenkam, daß er eine Persönlichkeit zum Bischof ernannte, welche die Staatsregierung als ihr genehm bezeichnen konnte, und daß er denselben bewog, das Amt zu übernehmen. Die preussische Regierung ist gewiß erfreut, in ihrer Fürsorge für die katholischen Unterthanen bei der Kurie ein so bereitwilliges Entgegenkommen gefunden zu haben, und wie sich dies bezüglich der Diözese Trier gezeigt hat, so darf man hoffen, daß dieselbe Gesinnung auch anderen Diözesen zu Statten kommen werde. In dem Verhalten des Papstes in Bezug auf die Wiederbesetzung einzelner Bischofsstühle darf unsere Regierung auch einen Anhalt für die Auffassung finden, daß die Bestimmungen, welche unter dem vorigen Papst bis zum Abbruch aller geordneten Beziehungen mit der Kurie führten, zur Zeit in Rom nicht in gleicher Weise maßgebend sind. Mögen die Hoffnungen, welche hierauf zu setzen sind, sich in vollem Maße erfüllen.

— Die „Neuer Zeitung“ meldet, daß die Anwesenheit des Kaisers daselbst zu erwarten stehe. Zu der nunmehr auf Sonntag, 16. Oktober, festgesetzten Einweihung der dortigen neuen Garnisonkirche wurde Se. Majestät zugleich mit dem Kronprinzen an diesem Tage Morgens gegen 9 Uhr in Metz eintreffen und um 10 Uhr der Einweihung beiwohnen. Wie verlautet, würde der Kaiser auch am Montag, 17. Oktober, noch in Metz verweilen und erst am Abend dieses Tages die Rückreise nach Baden-Baden antreten. Die „Neuer Ztg.“ giebt diese Notiz mit allem Vorbehalt.

— Die „Republique fr.“ druckt heute in hervorstechender Weise einen Artikel der „Union republicaine“ ab, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Herrn Roustan zu bewegen, gegen den Einsender der Enthüllungen über Tunis im

„Intransigent“ gerichtliche Klage zu erheben. Der Diplomat, welcher die Enthüllung veröffentlichte, ist, wie jetzt bekannt wird, ein ehemaliger Konsul und Geschäftsträger der französischen Republik, der jedoch anscheinend aus politischen Motiven — er wird als Bonapartist bezeichnet — aus dem Dienst entlassen wurde. Es handelt sich, wie das gam-bettistische Blatt erläutert, um eine Anklage wegen Dienstvergehen gegen den Exdiplomaten, so daß man annehmen muß, er habe amtliches Material in seine Enthüllungen verwebt. Zunächst begnügt sich der „Intransigent“ mit dem Nachweis, daß die „Rep. fr.“ die Auskünfte der tunesischen Obligationen einhaber wiederholt als sehr schlecht geschildert hat; für ihre weitere Behauptung, auf die Alles ankommt, daß Gambetta, Challemel-Lacour und Roustan mit Hilfe dieser den Werth drückenden Artikel die Obligationen zu niedrigen Preisen aufgekauft hätten, ist bis jetzt auch noch nicht der geringste Beweis erbracht. Es ist kaum zweifelhaft, daß es zu einem sehr wüsten Skandalprozeß kommen wird.

— Die Franzosen bereiten jetzt den Hauptschlag gegen die ausländischen Tunesen vor. Die den Arabern heilige Stadt Kairouan, der Heerd des mohamedanischen Fanatismus, soll eingenommen und zerstört werden. Die Ausländer sind entschlossen, die Stadt bis auf den letzten Mann zu verteidigen. Sie haben Casisire an alle Glaubensgenossen gerichtet, um sie zur Theilnahme an dem Kampfe aufzufordern. Die mächtige Brüder-schaft des Sidi Abdel Kader el Chelant, welche in Kairouan eine Hochschule hat und eine der fünf Unterabtheilungen des weltberühmten Systems einer Art politischer Freimaurerei unter den Muhammedanern bildet, hat sich, wie der Korrespondent der „Times“ aus Tunis meldet, an den Sultan Abdul Hamid als Khatiben mit der dringenden Bitte gerichtet, er möge zu Gunsten Kairouan's bei Frankreich interveniren und, wenn erforderlich, die Mediation der fremden Mächte anrufen. Sie erklären, daß im Fall die heilige Stadt zerstört würde, die Muhammedaner von ganz Nordafrika sich gegen die Christen erheben würden. Frankreich hat jetzt 40,000 Mann in Tunesien stehen; das Wetter ist dem Beginn der Expedition gegen Kairouan günstig. Die vereinigten Kolonnen des Generals Sabatie und Dersien Corcoran werden sich unmittelbar nach der Rückkehr des Residenten nach Tunis in Marsch setzen.

— Die Verhandlungen der Hilfskassen-Gesetzvorlage werden, den „B. P. N.“ zufolge, im Reichsrath des Innern eifrig gefördert. In dieser Woche fanden täglich unter Vorsitz des Staatsministers v. Büttiker mehrfachige Sitzungen, gestern (Mittwoch) sogar zwei — statt, so daß die baldige Feststellung der Vorlage zu erwarten steht. Wie früher die „B. P. N.“ betriebs des Verordnungs-gesetzes hören, das dem Abgeordnetenpaar abermals vorgelegt werden dürfte, sollen die wesentlichen Prinzipien des Gesetzes nach wie vor festgehalten werden, doch seien definitive Beschlüsse über die Vorlage selbst im Ministerium der Finanzen noch nicht gefaßt worden. Insbesondere hätten die Verhandlungen über die Verwendung der Ueberschüsse zu Schul- und sonstigen kommunalen Zwecken noch nicht ihren Abschluß gefunden.

— Anlässlich der Zirkularnote Herrn v. Stiers' über die Entree in Danzig läßt sich die „Ruf“ über die russisch-deutschen Beziehungen aus und betont u. A., daß in denselben mit dem 1. März ein Umschwung eingetreten sei.

— Ein neuer, kühner Zar sitzt auf dem Thron; neue Leute sind in der Verwaltung und unter ihnen — wenn auch nicht an der Spitze der auswärtigen Geschäfte — Graf Ignatjew, dessen Name eng verbunden ist mit der nationalen Richtung der äußeren Politik. Auch neue Sorgen, neue Kombinations-Arbeiten für Europa, besonders aber für den deutschen Reichskanzler, sind damit geschaffen worden. Das alte System, die alten Mittel haben sich augenscheinlich als untauglich erwiesen. Bismarck wußte sehr gut, welcher Art die Dienste waren, die er Rußland in seiner Eigenschaft als „ehelicher Makler“ erwiesen hat und er konnte daher getrost annehmen, daß auch die neue russische Regierung sie nach Gebühr zu schätzen wisse. Dieser geniale scharfsinnige Staatsmann vermochte am allerwenigsten sich bei dem Gedanken der scheinbaren Schwäche Rußlands zu beruhigen. Obgleich ein großer Theil unserer Presse nicht auf-

hörte, Namens Rußlands Jeremiaden erklingen zu lassen und obgleich viele unserer Staatsmänner ihnen diese Klagelieder nachbeteten und fortführten, von einer bevorstehenden derartigen inneren Thätigkeit zu reden, die es uns unmöglich mache, unsere äußere politische Stellung und Bedeutung zu wahren, so sah der deutsche Kanzler doch wohl ein, daß das russische Volk lebt und lebensfähig ist und daß ein so großes, historisches Volk, wie das russische, nicht auf einmal, mit nichts, als nichts von dem Schauplatz abtreten und seine Weltrolle aufgeben kann.“

— Daher glaubt das Alfasowsche Blatt annehmen zu können, daß Fürst Bismarck jetzt es für weniger angemessen halte, Rußland zu übersehen, als früher und namentlich zur Zeit des Berliner Kongresses.

— Man schreibt der „N. A. Z.“ aus Petersburg:

Obgleich die Allerhöchste Verordnung vom 26/14. v. Mts. über die Maßregeln zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung ihrem wesentlichen Inhalte nach lediglich eine Kodifikation schon bestehender Bestimmungen ist, so hat doch ihre Publikation, und namentlich die sofortige Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Petersburg im ersten Augenblick auf der Börse eine Panik hervorgerufen; auf Grund der Berliner Notierungen ist die Verhängung jedoch sehr rasch wieder eingetreten.

Im großen Publikum, soweit dasselbe überhaupt ein Interesse für solche Dinge zeigt, ist die Verordnung günstig aufgenommen worden; insbesondere haben die Schlussbestimmungen, welche die Administrationsverordnung auf 5 Jahre beschranken und die Befugniß, sie zu verhängen, von den Gouverneuren auf eine besondere Zentralkommission übertragen, große Befriedigung hervorgerufen, da sie Wünschen entgegenkommen, die vielfach mehr oder weniger laut, zuletzt noch von der im Frühjahr hier tagenden Aelversammlung ausgesprochen worden sind.

Von einer energischen und verständigen Ausführung der zum Theil etwas vagen Bestimmungen wird der Erfolg des Gesetzes abhängen, und erst die Praxis wird zeigen können, welche Vorteile die in so vielen Fällen vorgegebene Verweisung an das Ministerkomitee resp. den Minister des Innern bei dem nicht allurafischen russischen Geschäftsgang bietet.

— Der in Pretoria tagende „Volksraad“ des Transvaalstaates zeigt sich wenig geneigt, die zwischen der Regierung und den englischen Kommissaren vereinbarte Konvention, welche die staatlichen Beziehungen Transvaals zu England regelt, anzunehmen. Die Mehrzahl der Redner erklärt, die Bedingungen der Konvention seien derart, daß sie nicht zwischen Gleichberechtigten paktirt, sondern von dem Sieger dem Besiegten diktiert zu sein scheinen. Die britische Regierung hat sich angestrichelt dieser Sachlage veranlaßt gesehen, den schon angeordneten Rückmarsch der englischen Truppen aus Transvaal zu verschleppen, da vorausgesetzt, die in der Republik herrschende Aufregung es notwendig machen wird, die Okkupation des Landes zu verlängern.

— Auf der Kaiserl. Weist in Danzig wurde heute Vormittag das neu erbaute Dampfschiffboot, das als Tender für S. M. Artillerieschiff „Daria“ zu fahren bestimmt ist, glücklich zu Wasser gelassen. Der stellvertretende Ober-Weist-Direktor, Herr Korvetten-Kapitän v. Hippel vollzog die Taufe unter den üblichen Ceremonien und gab diesem neuen Zuwachs unserer Marine im Namen des Kaisers den Namen „Hay“.

— Der „Schwäbische Merkur“ feiert den kaiserlichen Besuch in Stuttgart mit folgendem Gruß:

Willkommen, Kaiser Wilhelm! Als Kaiser Wilhelm vor 5 Jahren in Stuttgart einzog, vom Jubel eines glücklichen Volks umbraust, da war es ein feierlicher ausländischer Besuch, den er dem Lande machte. Er kam als oberster Feldherr, die Waffengewalt des schwäbischen Volks zu prüfen. Heute kommt er, einem rein menschlichen Zuge seines Herzens folgend. Es hat ihm im Schwabenlande, bei Fürst und Volk, gefallen, und so kommt er wieder, unseren friedlichen Festen durch seine Anwesenheit den schönsten, werthesten, für alle Zeiten denkwürdigen Schmuck verleihend. Kaiser Wilhelm, der Sieger, der Held unserer großen Zeit, ein Besucher unserer württembergischen

hört, Namens Rußlands Jeremiaden erklingen zu lassen und obgleich viele unserer Staatsmänner ihnen diese Klagelieder nachbeteten und fortführten, von einer bevorstehenden derartigen inneren Thätigkeit zu reden, die es uns unmöglich mache, unsere äußere politische Stellung und Bedeutung zu wahren, so sah der deutsche Kanzler doch wohl ein, daß das russische Volk lebt und lebensfähig ist und daß ein so großes, historisches Volk, wie das russische, nicht auf einmal, mit nichts, als nichts von dem Schauplatz abtreten und seine Weltrolle aufgeben kann.“

— Daher glaubt das Alfasowsche Blatt annehmen zu können, daß Fürst Bismarck jetzt es für weniger angemessen halte, Rußland zu übersehen, als früher und namentlich zur Zeit des Berliner Kongresses.

— Man schreibt der „N. A. Z.“ aus Petersburg:

Obgleich die Allerhöchste Verordnung vom 26/14. v. Mts. über die Maßregeln zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung ihrem wesentlichen Inhalte nach lediglich eine Kodifikation schon bestehender Bestimmungen ist, so hat doch ihre Publikation, und namentlich die sofortige Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Petersburg im ersten Augenblick auf der Börse eine Panik hervorgerufen; auf Grund der Berliner Notierungen ist die Verhängung jedoch sehr rasch wieder eingetreten.

Im großen Publikum, soweit dasselbe überhaupt ein Interesse für solche Dinge zeigt, ist die Verordnung günstig aufgenommen worden; insbesondere haben die Schlussbestimmungen, welche die Administrationsverordnung auf 5 Jahre beschranken und die Befugniß, sie zu verhängen, von den Gouverneuren auf eine besondere Zentralkommission übertragen, große Befriedigung hervorgerufen, da sie Wünschen entgegenkommen, die vielfach mehr oder weniger laut, zuletzt noch von der im Frühjahr hier tagenden Aelversammlung ausgesprochen worden sind.

Von einer energischen und verständigen Ausführung der zum Theil etwas vagen Bestimmungen wird der Erfolg des Gesetzes abhängen, und erst die Praxis wird zeigen können, welche Vorteile die in so vielen Fällen vorgegebene Verweisung an das Ministerkomitee resp. den Minister des Innern bei dem nicht allurafischen russischen Geschäftsgang bietet.

— Der in Pretoria tagende „Volksraad“ des Transvaalstaates zeigt sich wenig geneigt, die zwischen der Regierung und den englischen Kommissaren vereinbarte Konvention, welche die staatlichen Beziehungen Transvaals zu England regelt, anzunehmen. Die Mehrzahl der Redner erklärt, die Bedingungen der Konvention seien derart, daß sie nicht zwischen Gleichberechtigten paktirt, sondern von dem Sieger dem Besiegten diktiert zu sein scheinen. Die britische Regierung hat sich angestrichelt dieser Sachlage veranlaßt gesehen, den schon angeordneten Rückmarsch der englischen Truppen aus Transvaal zu verschleppen, da vorausgesetzt, die in der Republik herrschende Aufregung es notwendig machen wird, die Okkupation des Landes zu verlängern.

— Auf der Kaiserl. Weist in Danzig wurde heute Vormittag das neu erbaute Dampfschiffboot, das als Tender für S. M. Artillerieschiff „Daria“ zu fahren bestimmt ist, glücklich zu Wasser gelassen. Der stellvertretende Ober-Weist-Direktor, Herr Korvetten-Kapitän v. Hippel vollzog die Taufe unter den üblichen Ceremonien und gab diesem neuen Zuwachs unserer Marine im Namen des Kaisers den Namen „Hay“.

— Der „Schwäbische Merkur“ feiert den kaiserlichen Besuch in Stuttgart mit folgendem Gruß:

Willkommen, Kaiser Wilhelm! Als Kaiser Wilhelm vor 5 Jahren in Stuttgart einzog, vom Jubel eines glücklichen Volks umbraust, da war es ein feierlicher ausländischer Besuch, den er dem Lande machte. Er kam als oberster Feldherr, die Waffengewalt des schwäbischen Volks zu prüfen. Heute kommt er, einem rein menschlichen Zuge seines Herzens folgend. Es hat ihm im Schwabenlande, bei Fürst und Volk, gefallen, und so kommt er wieder, unseren friedlichen Festen durch seine Anwesenheit den schönsten, werthesten, für alle Zeiten denkwürdigen Schmuck verleihend. Kaiser Wilhelm, der Sieger, der Held unserer großen Zeit, ein Besucher unserer württembergischen

Gewerbeausstellung, ein Gast unseres Cannstatter „Volksfests“ zur 100jährigen Gedächtnisfeier eines hervorragenden Landesfürsten, das ist eine hohe Freude, ergreifend alle die weiten Kreise des Volks, das in diesem Sommer in der Hauptstadt des Landes in nie gesehenen Mengen sich sammelt. Nimmer müde zieht der kaiserliche Herr, der Bürde des Alters, die ihn nicht zu brüden scheint, ungeachtet, vom Meeresgestade, wo er eben den Monarchen eines großen Nachbarrreiches begrüßt, wo er die Kolosse der deutschen Kriegesflotte mit prüfendem Auge gesehen, nach den Gauen des deutschen Südens, um dort, im nahen Karlsruhe, ein frühliches Hochzeitsfest im Hause der geliebten Tochter durch seine Gegenwart zu verschönern, um hier, in unserem Stuttgart, einen ehrenvollen Besuch in diesen festlichen Tagen abzugeben. Ist es ein Wunder, daß sich Alles drängt, den hochwillkommenen Gast zu sehen, ihm die Freude des Herzens an seinem Kommen in lautem Jubel zu zeigen? Denn da gibt es keine Zurückhaltung, kein Parteitreiben, nichts, was die Volksfreude stören könnte; wenn Kaiser Wilhelm kommt, da gibt es nur Einen Ruf: Heil unserem Kaiser! Willkommen in unseren Mauern!

Ausland.

Wien, 26. September. Den „B. P. N.“ wird geschrieben: In unserer inneren Politik ist es augenblicklich recht still, nur die Parteien rüsten sich zu neuem Kampfe und suchen Fühlung mit den Wählerkreisen; überall werden Reichstagsberichte erstattet und die Agitation weiter fortgeführt. Innerhalb der Verfassungspartei bereiten sich sehr ernste Veränderungen vor. Der Fortschrittclub hat mit dem Plane zur Bildung eines „Deutschen Clubs“ der Verfassungspartei ein Kufus-Et ins Nest gelegt. Die Aufgabe dieses Clubs würde es sein, die Verfassungspartei zu den Toten zu legen, die Abgeordneten eigentlich des Charakters einer „Staatspartei“ zu entkleiden, die Politik ganz und gar aufzugeben und sich nur auf das nationale Gebiet zu beschränken. Unsere Linke, die „alte Garde“ der Verfassungspartei, findet diese neue Beschränkung des Fortschrittclubs nicht recht geteuer, aber sie hat leider nicht den selbstständigen Sinn und die Festigkeit, um diesen üblen Verräther von sich abzuweisen. Sie schwankt und wankt und weil alle ersten Politiker mit den besonnenen Männern der Verfassungspartei darüber einig sind, daß die Durchführung des Planes ein schwerer Fehler sei, so kann man vollkommen überzeugt sein, daß die Verfassungspartei diesen Fehler begehen wird. Sehr zur rechten Zeit kommt eine Mahnung aus befreundetem Lager. Der „Pester Lloyd“ erzählt, Graf Beust, der die österreichischen Faktoren sehr gut kennt, habe vor einem Jahre geäußert: „Die Verfassungspartei wiederholt den großen Fehler, der ihrer ganzen parlamentarischen Aktion in den Jahren des Glücks anhaftete, neuerdings, sie hält sich für unentbehrlich und erwartet daher ihren Sieg als unausweichliche Thatsache. Meiner Ansicht nach irrte sie sich.“ Auch der „Pester Lloyd“ irrt sich indes, wenn er meint, mit dieser Wahrheit einen Effekt zu erzielen. Unsere Linke wird thun, was sie oft gethan hat, sie wird das Kufus-Et ausbrüten und Schaden dafür nehmen. „Es muß noch schlimmer werden, ehe es besser wird“, pflegt einer der Führer der Verfassungspartei zu sagen. In Bezug auf den Klärungsprozeß der gesamten Partei mag er ja Recht haben. Sie wird noch viele Fehler begehen und noch manche Enttäuschungen erleben, ehe sie die Höhe der Situation erreichen wird, welche zu erklimen sie sich so oft, aber immer vergeblich angeeignet hat.

In Sachen der Indiskretion des „Egyeretes“ hüllen sich die amtlichen Kreise Wiens in Schweigen, wie das ja, so lange die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, nicht anders zu erwarten steht. Bisher hat die Untersuchung die erste Vermuthung bestätigt, daß ein Diebstahl, resp. Amtsmißbrauch stattgefunden hat. Im Uebrigen wird uns versichert, daß die Wiener und die Pester Presse die Sache wohl zu einer „höchsten“ Angelegenheit aufgebauscht hat, daß aber die amtlichen Kreise, so unangenehm berührt sie von der Indiskretion waren, sie weder „höher“ noch „peinlich“ aufbauschen. Vielleicht trug gerade der Umstand, daß die Zwecke der Fälscher, die hinter dem Diebstahl standen, gar zu sehr durchleuchteten, hierzu bei. Die Stellung des Herrn von Haymerle war weder vor der Affaire, wenn man die Sache überhaupt so nennen kann, erschüttert, trotzdem einige Korrespondenten den Grafen Andrassy schon wieder in politischer Aktion sahen, noch ist sie jetzt schwankend geworden.

Petersburg, 28. September. Die Nihilisten rühren sich wieder. Von der „Narodnaja Wolja“ ist eine Nummer erschienen. Sie bringt folgende Mittheilungen:

„Die Parteigenossen werden zu größter Vorsicht aufgefordert, da der neue Polizeichef gewandter ist als sein Vorgänger und erfahrener im Auffinden der Unfertigen. Die Adressen bleiben dieselben (es sind wohl die den Parteigenossen bekannten Adressen für Zusammenkünfte gemeint), die Erkennungszeichen auf Briefen sollen dagegen fortgelassen werden, weil es den Anschein hat, als ob die Polizei sie kennen würde. Das Petersburger Komitee der Propaganda wird aufgelöst, ebenso das Petersburger Exekutivkomitee, dergleichen das Hauptkomitee für Rußland.“ (Hiermit scheint jedoch eine Zersplitterung der Behörden beabsichtigt zu sein.) Die Regierung, die, wie ich erfahre, von den Vorbereitungen der Nihilisten erfahren hat, trifft alle nöthigen Maßregeln. Man glaubt, daß der Kaiser bald in Petersburg seinen bleibenden Aufenthalt nehmen werde.

Paris, 28. September. Das gambettistische Journal „Paris“ meldet, die Chefs der Kammermajorität beabsichtigen, beim Zusammentritt der Kammer Gambetta zum provisorischen Präsidenten zu wählen, um dadurch Grevy gegenüber das Verlangen der Majorität nach einem Kabinett Gambetta zu konstatiren und sodann nach erfolgter Konstituierung der Kammer Brisson zum definitiven Präsidenten zu ernennen.

Sehr bemerkt wird, daß die gambettistischen Organe wiederum beginnen, den Kriegsmünister Farre gegen die wider ihn erhobenen Beschuldigungen zu verteidigen.

Heute als am angeblichen zweihundertsten Jahrestage der Einverleibung Straßburgs in Frankreich wurden zahlreiche Kränze an der Statue am Concordienplatz niedergelegt. Am 1. Oktober veranlaßt die elsass-lothringische Emigration ein Banquet zur Feier dieses Tages.

Provinzielles.

Stettin, 30. September. Zur Besprechung der Wahl eines konservativen Reichstags-Abgeordneten für Stettin fand gestern Abend im Saale des alten Rathhauses eine Versammlung des neubegründeten konservativen Vereins statt. Herr Rentier Andre eröffnete dieselbe mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Heidenkaiser Wilhelm I. und wurde dann sofort in die Tagesordnung eingetreten. Nachdem Herr Andre die Gründe auseinandergesetzt, welche die konservative Partei zum Eintritt in den Wahlkampf veranlassen, werden der fr. Polizeipräsident v. Wernstedt und Herr Regierungsrath v. Heyden-Edow als Kandidaten genannt, schließlich aber eine Anfrage an letzteren wegen Annahme der Wahl noch ausgesetzt, da die Majorität der Anwesenden auch Herrn Kaufmann Balzer als Kandidaten aufgestellt zu sehen wünscht. Der Letztere, welcher anwesend war, erklärte, daß er eine bestimmte Zusage noch nicht machen könne. Die Versammlung beschloß ferner, in nächster Zeit eine Volksversammlung anzuberaumen (als Versammlungsort wurde der Deutsche Garten und Wolffs Saal vorgeschlagen) und dazu einige Redner der konservativen Partei einzuladen. In Vorschlag gebracht wurden die Herren Hosprediger Stöcker, Abg. Cremer, Obermeister Meier aus Magdeburg und Kleist-Rehbow. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß von Herrn Andre besonders hervorgehoben wurde, daß die Konservativen die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, wie sie in letzter Zeit an vielen Orten vorgekommen, nicht billigen.

Stettin, 30. September. Nach der bestehenden Vorschrift müssen alle diejenigen Personen, welche für das nächste Jahr Legitimations-Gewerbe-scheine zum Gewerbebetriebe im Umhergehen zu erhalten wünschen, sei es, daß sie dieselben Scheine schon für dieses Jahr oder früher beiseite haben oder den Gewerbebetrieb erst neu beginnen wollen, den darauf bezüglichen Antrag möglichst bald, also eine räumliche Frist vor Ablauf des vierten Vierteljahres stellen, weil es nur dann möglich ist, die durch die Reichs-Gewerbeordnung vorgeschriebene Prüfung und die nöthigen Vorarbeiten so zeitig zu bewerkstellen, daß die Antragsteller bis zum nächsten Jahresanfang in Besitze der Scheine sind und von da ab ihr Gewerbe betreiben können. Hierzu wird amtlich bemerkt, daß die ihre Anträge später anbringenden Personen, sofern gesetzliche Hinderungsgründe nicht entgegenstehen, die Legitimations-Gewerbe-scheine zwar erhalten, es sich aber selbst zuzuschreiben haben, wenn sie außer Stande sind, das Gewerbe schon am 1. Januar f. J. zu beginnen. Der Beginn des Gewerbes ohne den Schein zieht eine Strafe von 150 Mk. oder vier Wochen Gefängnis nach sich.

Die Wahl des Oberlehrers Professors Hugo Lemde vom Marienlyst-Gymnasium zum Direktor des Stadtgymnasiums hat die allerhöchste Bestätigung erhalten.

Die Ergebnisse der am 27. Oktober er. stattfindenden Wahlen zum deutschen Reichstage werden von den Wahlkommissionen in der üblichen Weise dem Reichsamt des Innern telegraphisch gemeldet werden und hat der Staatssekretär Dr. Stephan bereits eine generelle Verfügung über prompte Beförderung der betreffenden Telegramme erlassen. Sämtliche Telegraphen-Anstalten, welche bei der Beförderung von Wahltelegrammen betheiligt sind, müssen am Tage der Wahlen bis zehn Uhr Abends bezw. bis zur erfolgten Abtelegraphirung der Wahltelegramme im Dienste bleiben.

Die diesjährigen Winterkurse der Handwerker-Fortbildungsschulen beginnen am 13. Oktober d. Js. und zwar für die Unter- und Mittelschulen in der Knabenschule am Rosengarten, in der Lucaschule und in der Schule zu Pommerensdorfer Anlage, für die Oberstufe in der Friedrich-Wilhelmsschule.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Gold und Eisen.“ Schauspiel. 4 Akte. Zum Schluß: Ungarischer Nationalanzug.

Vermischtes.

(Fortsetzung der Lebensversicherung in Deutschland.) Aus einer kürzlich im „Bremer Handelsblatt“ veröffentlichten eingehenden statistischen Arbeit entnehmen wir, daß den gegenwärtig bestehenden 50 deutschen Lebensversicherungs-Anstalten, von denen 36 im deutschen Reich, 12 in Deutsch-Oesterreich und 2 in der deutschen Schweiz ihren Sitz haben, im Jahre 1880 wieder 82,058 Personen neu beigetreten sind und damit ihren Angehörigen Erbschaften im Betrage von 295,218,032 Mark begründet haben. Im Ganzen waren am Schluß des vorigen Jahres bei den gedachten 50 Anstalten 824,813 Personen mit zusammen

2,661,697,537 Mark versichert, wovon auf die Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha 378,007,700 Mark, auf die „Germania“ in Stettin 219,666,483 Mark, auf die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft 160,094,800 Mark, auf die Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft und Ersparringsbank 158,414,236 Mark, auf die „Concordia“ in Köln 143,312,636 Mark, auf die Lübecker Gesellschaft 114,842,133 Mark, auf die Karlsruher Allgemeine Versorgungs-Anstalt 100,498,403 Mark, auf die Generali in Triest 100,176,167 Mark entfielen. Bei den eben genannten 8 größten deutschen Lebensversicherungs-Anstalten war somit zusammen mehr als die Hälfte des gesamten Bestandes versichert. Nach Abzug der Sterbefälle und sonstigen Abgänge ergab sich bei den sämtlichen 50 Anstalten im vorigen Jahre eine reine Zunahme des Versicherungsbestandes um 126,641,243 Mark. Den stärksten Antheil an diesem Reinzunahme hatte die Gothaer Lebensversicherungsbank, die Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft und die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft und die Karlsruher Versorgungsanstalt. Für gestorbene Versicherte wurden im Laufe des vorigen Jahres 38,617,252 Mark anfallig und zur Auszahlung gebracht. Gewiß sind viele Tausende von Wittwen und Waisen dadurch vor Noth bewahrt worden und segnen das Andenken Derer, welche noch über den Tod hinaus für sie gesorgt haben.

Barmen, 23. September. Ein hiesiger verwittelter Rentner, welcher am 17. September 1797 geboren ist, hat sich am 17. ds., also an seinem 85. Geburtstag, mit einer Wittve von 60 Jahren auf hiesigem Standesamte aufbehalten lassen, um seine fünfte Ehe einzugehen. Der Bräutigam hat bis zum heutigen Tage, wie er behauptet, noch keine griffigen Getränke getrunken und keinen Tabak geraucht. Als Beweggrund seiner fünften Verheirathung soll er, der „Barm. Ztg.“ zufolge, angegeben haben, daß er es leid sei, sich selbst den Kaffee zu kochen.

(Eine Eidechse im Magen.) Oft schon wurde die Nachricht gebracht, daß kleine Thiere in den Magen von Menschen gelangten, jedesmal wurde dieselbe angezweifelt. Heute liegt der Wiener „Presse“ eine ähnliche Mittheilung vor. Der Kommunalarzt Dr. Brunnich in Seefeld (Böhmen) schreibt: Der Ziegelbinder E. litt seit einiger Zeit an eigenthümlichen Magenbeschwerden, er klagte über Appetitlosigkeit, Magenbrücken, Magen, „ja sogar Fressen“, wie sich der Patient ausdrückte; oft fühlte er, daß es sich im Magen bewege. Bei der ärztlichen Konsultation gab er ferner an, daß er seit Pfingsten dieses Jahres die ersten Symptome verspürt habe, zu jener Zeit einige Male Hühnerfleisch ohne Glas getrunken habe. Diese Symptome steigerten sich besonders nach dem Essen, das nach Genuß von Milch war Alles beruhigt. Ich gab ihm ein Brechmittel, nach 2½ Stunden stellte sich Erbrechen ein, und zum Schrecken und zur Freude des Patienten sah er eine Eidechse, 7 Zentimeter lang, von weiß grünlicher Schleimung überzogen, welche noch 2 bis 3 Minuten lebte. Als ich selbe erhielt, war der Schleim befeuchtet und das Thier schon todt. Der Patient befindet sich seitdem wohl.

Auf der französischen Insel Saint-Pierre, am Eingange der Fortuna-Bai, wo eine Art Strafkolonie für unzüchtliche Soldaten der Armee und Marine besteht, ist eine furchtbare Verschwörung entbunden worden. Der „New-York-Herald“ schreibt hierüber: „Der Gouverneur der Insel, Graf von Saint-Pierre, hatte den Sträflingen einige Erleichterungen gewährt, worunter auch die Erlaubniß, vor der Bürgergesellschaft Theatervorstellungen geben zu dürfen. Lieblingsschauspieler war ein gewisser Cullon, der sich seinerzeit in Lyon einigen Ruf als solcher erworben hatte. Durch die ihm gezeigte Gunst wurde er jedoch übermüthig, und als er eines Tages einen ihm nicht zusagenden Befehl erhielt, entziff er einer der Wachen das Seitengewehr und wollte diese tödten. Hierfür vor ein Kriegsgericht gestellt, wurde er am 2. August zum Tode verurtheilt. Die andern Sträflinge zettelten in Folge dessen ein Komplott an, um ihn vor der Hinrichtung zu befreien und ihre eigene Freiheit wieder zu erlangen. Das Aisinal sollte überfallen und geplündert, der Gouverneur mit allen hohen Beamten und Gendarmen ermordet und die Stadt Saint-Pierre angezündet werden, worauf die Sträflinge in Masse entweichen wollten. Alle Vorbereitungen waren getroffen und der Schlag sollte um 11 U. r. Nachts ausgeführt werden. An dem zur Ausführung bestimmten Tage belauschte jedoch im Spital ein kranker Soldat zufällig das Gespräch zweier in das Komplott mitverflochtener Krankenwärter und gelangte so in den Besitz des Geheimnisses, welches er sogleich dem Arzt und dieser augenblicklich den Behörden mittheilte. Einige Minuten später drangen die Gendarmen in die Kaserne der Sträflinge, die vollständig überrascht wurden. Viele wurden gefangen und in Fesseln geschlagen. Einige leisteten Widerstand und entliefen auf die Straße, wo sie jedoch verfolgt und verhaftet wurden. 20 der Verschwörer wurden zum Tode verurtheilt.“

(Der Einzug der Arena in Marseille.) Der Korrekturen-Bericht in Marseille hat am 23. September sein Urtheil in dem Prozeß wegen des Einmarsches der Arena gefällt, welcher so viele Menschenopfer gefordert hat. Die Verlesung der motivirten Sentenz nahm drei Viertelstunden in Anspruch. Bayle wurde zu zwei Monaten Gefängniß, Barouette zu einem Monat und Lagarde, der Zimmermeister, welcher die Arena gebaut hatte, zu vier Monaten Gefängniß und 50 Francs Geldbuße verurtheilt, Bougoy, der Architekt der Stadt,

wurde losgesprochen. Das Urtheil hat insofern eine große Tragweite, als es der Ausgangspunkt für eine große Anzahl von Klagen gegen die Stadt Marseille von Seite aller Beschädigten sein und der Stadt, welche gewissermaßen als verantwortlich erklärt worden ist, voraussichtlich einige hunderttausend Francs kosten wird.

(Neue Enthüllungen über den Sultansmord.) Ein Korrespondent der „A. A. Ztg.“ bringt aus Konstantinopel folgende neuere Aufklärungen über den vermeintlichen Sultansmord. Als nach dem Tode Abdul-Aziz' der Hausrath seiner unglücklichen Mutter verringert wurde, verheiratete man die Hagnadar Hanum (Ober-Intendantin) mit einem Manne, von dem sie sich bald darauf trennte, um sich mit einem gewissen Ali Effendi, der vor fünfundsiebenzig Jahren als Kaufmann in Wien etablirt war, zu verheirathen. Diese Frau, welche die Vertraute der Walide war, wußte natürlich über den tragischen Vorfall die beste Auskunft zu geben. Wahrscheinlich aus diesem Grunde oder weil sie vielleicht vorzeitig ausschwahte, wurde sie, als die Untersuchung eingeleitet ward, nach Alibiz beschieden und dortselbst einem Verhöre unterzogen. Die Frau soll nämlich entriistet gewesen sein, als sie hörte, daß man den Verdacht hege, daß Abdul-Aziz ermordet wurde. Sie behauptet, daß der Selbstmord genau so stattgefunden habe, wie man damals allgemein erzählte. Der Sultan habe sie selbst beauftragt, von seiner Mutter eine Schere zu begehren, um sich, wie es seine Gewohnheit war, seinen Bart gleichzurichten. Die Walide sandte die Schere durch eine andere Frau, da sie der Hagnadar einen anderweitigen Auftrag gab. Nach Verlauf etwa einer halben Stunde, als der Sultan die Schere nicht zurückerstattete und auch Niemanden zu sich rief, beauftragte die Mutter ihre Vertraute, nachzusehen, was ihr Schwager (Abul-Aziz) so benennen gewöhnlich die Walide des regierenden Sohns) mache. Die Hagnadar fand die Thür von innen verschlossen und erhielt auf ihr etwas Leises Anklopfen keine Antwort; sie ging daher ins Nebenzimmer, von dessen Erkerfenster sie Aziz mit dem Koran in der Hand auf dem Sofa sitzend sah und berichtete es der Mutter. Diese war sehr erkrankt, daß der Sultan zu dieser Stunde das Gebet lese. Sie ward darüber unruhig und beschloß einen der Kalfa (einer Dienerin der Hagnadar) den Einlaß ins Zimmer zu begehren. Die Kalfa ging an die Thür und vernahm zu ihrer nicht geringen Bestürzung ein wiederholtes, stöhnendes Aia! Aia! Sie eilte zum Erkerfenster und erblickte Aziz, er schien auf dem Sofa hingestreckt. Die Frauen gerathen in Angst; sie eilen wieder zur Thür, die Mutter voran, klopfen heftig an, rufen; sie hören nur Stöhnen, unverständliche laute Laute; sie wollen die Thür sprengen, rufen die schwarzen Eunuchen herbei; der Eingang wird forcirt, und sie sehen den ainen Aziz in seinem Blut gebadet, röchelnd. Die Walide fällt in Ohnmacht, betäubende Rufe und Schreie erschallen im ganzen Saal, die Wachen rufen und schreien um Hülfe, einige schlagen die Fenster ein, um mehr Lärm zu machen und die Männer aus dem Selamlit im unteren Stockwerke herbeizurufen. Alles eilt hinaus; furchtbares Durcheinander, keiner erkennt den anderen, man ruft, schreit, poltert, um Gotteswillen, einen Arzt! Endlich erscheint einer; wer war es? Das weiß die Hagnadar nicht, nur so viel weiß sie, daß es bald darauf hieß, es sei keine Rettung — Aziz war todt.

Telegraphische Depeschen.

München, 29. September. Die Abgeordnetenkammer wählte Baron Dm mit 154 gegen 2 Stimmen zu ersten Präsidenten und Dr. Kurz mit 85 gegen 70 Stimmen zum Vizepräsidenten. Freiherr v. Stauffenberg erhielt 68 Stimmen.

Pest, 28. September. Graf Majlath ist zum Präsidenten, Graf Szegedyen zum Vizepräsidenten des Oberhauses ernannt worden.

Petersburg, 29. September. Der Kaiser hat gestern bei Konstantinopel über die aus dem stillen Ozean und dem Mittelmeer zurückgekehrten Schiffe eine Revue abgehalten, die gegen sieben Stunden dauerte. Am Schluß der Revue sprach der Kaiser über den Besund der Schiffe und wegen der mit der größten Präzision ausgeführten Evolutionen seine Anerkennung aus.

Nach einer Mittheilung des „Journal de St. Pétersbourg“ begibt sich der Kaiser Throner vom Finanzministerium in nächster Woche nach Konstantinopel, um dem Botschafter Nowikow bei den finanziellen Verhandlungen mit der Pforte wegen der im Friedensvertrage von 1877 für Rußland stipulirten Kriegsgeschädigung zur Seite zu stehen.

Dublin 29. September. In einem gestern hier abgehaltenen Meeting der katholischen Bischöfe Irlands wurden mehrere Resolutionen gefaßt, in denen die Päpster ermahnt werden, von der Landbill Nutzen zu ziehen und gleichzeitig davor gewarnt werden, sich an Geheimbünden, Gewaltthaten und Einschüchterungen zu betheiligen. Schließlich wird in den Resolutionen die Begnadigung der politischen Gefangen befürwortet.

Kairo, 28. September. Ein Regiment Negger unter Abdallah Bey wird am Sonnabend und ein anderes Regiment unter Arabi Bey in der nächsten Woche nach einem Orte zwischen Suez und Saggas abgehen. Das Gerücht, daß der Abmarsch des Regiments bereits früher hätte stattfinden sollen, aber in Folge der Weigerung des Oberst, zu marschiren, verzögert worden sei, ist vollkommen unbegründet. Der Abmarsch war von vornherein auf den Sonnabend festgesetzt, damit die Truppen erst nach den Monatslohn erhalten können.